

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

6.5.1925 (No. 104)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatanzeiger:
Chefredakteur
C. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,50 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühren 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerabgabe, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von Verzug, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen.

Die kommende Selbstverwaltung von Südwest

Die Afrikaner und das Deutschtum

Aus Johannesburg wird uns geschrieben:
Die Frage der Selbstverwaltung von Südwestafrika hat durch den im Spätherbst stattgehabten Besuch des Ministerpräsidenten General von Hertog in Südwest einen starken Anstoß empfangen. Nun hat der Administrator von Südwest, Herr Hofmeyr, in außerordentlich geschickter Weise den Ministerpräsidenten von der Bortrefflichkeit seiner, Hofmeyrs, Verwaltung zu überzeugen gesucht, so daß jetzt der höchstgestellte Mann Südafrikas die Dinge in Südwest durch die Hofmeyrsche Brille sieht. Unter diesen Umständen ist ein ungewöhnlich langer Artikel der in Pretoria erscheinenden „Volksstem“ über die wirtschaftlichen Leistungen und die politische Haltung des Deutschtums in Südwest und über den Ausbau der Selbstverwaltung von hoher Bedeutung, weil sowohl aus dem Tatsachenmaterial, wie aus der Tendenz des Artikels klar hervorgeht, daß wenn nicht Herr Hofmeyr selbst, so doch seine höheren Beamten bei dem Artikel Pate gestanden haben. Der Artikel läuft darauf hinaus, auf eine nur beschränkte Selbstverwaltung für Südwest vorzubereiten und den Deutschen in Südwest die Verantwortung für die geringe Liberalität bei der Bemessung des Selbstverwaltungsrechts zuzuschreiben.

Der zwar aus dem eben angeführten Grunde tendenziös, aber zugleich doch mit großer Sachkenntnis abgefaßte Artikel des Windbucker Korrespondenten der „Volksstem“ behandelt zuerst die wirtschaftliche Entwicklung von Südwest. Er erkennt an, daß die ersten deutschen Siedler sehr fleißige und tüchtige Landwirte gewesen seien, die langsam aber zufriedenstellend vorangekommen wären. Derselben Eigenschaften hätten die nach dem Burenkrieg nach Südwest übergesiedelten Buren gehabt. Diese solide wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie aber sei durch die Perioden von 1910 bis 1914 und von 1915 bis 1920 ins Unsolide und Spekulative umgeben worden. Die zahlreichen zwischen 1910 und 1914 nach Südwest gekommenen deutschen Siedler hätten gute Geldmittel gehabt, seien aber unerfahren gewesen und nicht an harte Arbeit gewöhnt. So sei ein gewisser leichtsinniger Zug in das Wirtschaftsleben von Südwest gekommen und zur Zeit des Beginns des Weltkrieges hätte ein wirtschaftlicher Bankrott vor der Tür gestanden. Dieser Zusammenbruch sei aber gerade durch den Weltkrieg abgewendet worden, denn infolge des Krieges sei durch die glänzenden Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sehr viel Geld ins Land gekommen. Statt nun dieses Geld für die Abzahlung der Hypotheken und für landwirtschaftliche Verbesserungen, insbesondere für Bewässerung zu verwenden, hätte ein großer Teil der Siedler einen Teil des Geldes zu Brunkbauten, einem anderen Teil zu Börsenspekulationen in Papiermarkt verwendet. Auf einzelnen Farmen seien wahre Paläste bis zum Werte von 15 000 Pfund Sterling errichtet worden, und wenn dann in den schlechteren Zeiten die nach 1920 eingesetzt hätten, diese Farmen hätten verkauft werden müssen, so wäre selbstverständlich für die kostspieligen, aber unzuverlässigen Brunkbauten nur ein geringer Bruchteil des hineingesteckten Geldes bezahlt worden. Im übrigen wird in dem Artikel anerkannt, daß keineswegs nur Deutsche in den „Gründerjahren“ von 1917 bis 1920 so unbesonnen gewirtschaftet hätten, sondern auch Siedler, die aus der südafrikanischen Union nach Südwest in dieser Zeit gekommen wären.

In politischer Hinsicht habe Herr Hofmeyr unmittelbar nach Übernahme des Amtes als Administrator (Winter 1920/21) alsbald das bis dahin geltende Kriegsrecht aufgehoben und sich alle Mühe gegeben, die Deutschen zur Mitarbeit heranzuziehen. So seien sie zu 50 % im Landesbeirat vertreten gewesen, ebenso hätten sie Aufnahme in die Stadterverwaltungen, in die Schulkomitees und in den Regierungsdienst erhalten. Die Regierungsschulen hätten reichlich für deutschen Unterricht gesorgt und die deutsche Sprache werde auf den Regierungsbüros zugelassen.

Um die vollkommene Selbstverwaltung von Südwest vorzubereiten, hätte Herr Hofmeyr die automatische Naturalisation der Deutschen geplant, durch die ihnen der Treueid an den König von England erspart werden konnte. Leider aber wären die Deutschen teils durch die wirtschaftliche Depression (ungünstige Lage des Diamantenmarkts und des Viehhandels, Zwangsversteigerung von Farmen) und durch politische extreme Elemente aufgereizt gewesen und hätten in einer am 17. Febr. 1923 in Wind-

hof stattgehabten Versammlung, in der die gemäßigten deutschen Elemente als Vaterlandsverräter niedergeschrien worden wären, eine Protestresolution gegen das automatische Bürgerrecht angenommen.

Seit dieser Zeit hätte das Vertrauensverhältnis zwischen der Regierung und den Deutschen einen Bruch bekommen. Seit dieser Zeit sei aber auch außerhalb Südwest in der ganzen Union die Bevölkerung in der Selbstverwaltungsfrage für Südwest sehr vorsichtig weil sie keine Lust hätte, extremen deutschen Elementen zu große politische Befugnisse auf einmal zu gewähren. Wie England immerzeit nach dem Burenkrieg den Buren nur noch und nach politische Rechte gegeben habe, so werde die Regierung jetzt nicht auf einmal eine ausschließlich aus Wahlen hervorgegangene Vertretung bewilligen können, sondern nur eine zur Hälfte ernannte und zur Hälfte gewählte repräsentative Körperschaft.

Zur Wahl Hindenburgs

Hindenburg als gewählt erklärt

Der Reichswahlprüfungsausschuss hat am Mittwoch Hindenburg als zum Reichspräsidenten gewählt erklärt.
Das Wahlprüfungsgesetz beim Reichstag tritt am 8. Mai zusammen. Es setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Reichstages Spahn-Berlin als Vorsitzender, Dittmann, Dr. Kahl, sowie den Reichsgerichtsräten Kaplun als Berichterstatter und Dr. Buff, Reichsbeauftragter für das Wahlprüfungsgesetz als Ministerialrat. Dr. Kallenberg vom Reichsministerium des Innern. Die öffentliche Sitzung findet am 8. Mai, vormittags halb 12 Uhr im Saal Nr. 31 des Reichstagsgebäudes statt.

Das Programm für den 11. und 12. Mai

Für die Vereidigung und Amtseinführung des neu gewählten Reichspräsidenten sind nunmehr folgende Dispositionen getroffen: Hindenburg wird in Begleitung seines Sohnes, des Majors in der Reichswehr, Hindenburg, und dessen Gattin am 11. Mai 5.32 Uhr nachmittags mit dem fahplanmäßigen Zuge im Salonwagen in Berlin auf dem Bahnhof an der Herrstraße eintrafen. Er wird am Bahnhof vom Reichskanzler, Reichsminister des Innern, dem Chef des Heeres und der Marineleitung, den Staatssekretären in der Reichskanzlei und im Büro des Reichspräsidenten, dem Kommandanten von Berlin, dem Oberbürgermeister, dem Polizeipräsidenten und von dem Kommandant der Schutzpolizei empfangen werden und im Kraftwagen über den Reichstanzlerplatz durch die Bismarckstraße, Charlottenburger Chaussee, Brandenburger Tor nach der Wilhelmstraße fahren, wo er für diesen Tag im Hause des Reichskanzlers Wohnung nimmt. Abends gibt der Reichskanzler dem Generalfeldmarschall zu Ehren ein Abendessen, an dem der bisherige Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Simons und die Reichsminister teilnehmen werden.

Am 12. Mai, 11.45 vormittags, begibt sich der neugewählte Reichspräsident in Begleitung des Reichskanzlers zum Reichstag und wird dort vor dem versammelten Reichstag und in Anwesenheit der Reichsregierung und der Vertreter der Landesregierungen den in Artikel 42 der Reichsverfassung vorgeschriebenen Eid leisten. Nach der Eidesleistung wird er sich zur großen Freitreppe am Königsplatz begeben und dort die vom Nachtraktament-Berlin gestellte Ehrenkompanie abschreiten. Hiernach fährt er von einer Schwadron des Reiterregiments Nr. 4 geleitet zum Hause des Reichspräsidenten, wo der Stellvertreter des Reichspräsidenten ihn empfängt und ihm die Geschäfte übergibt.

Am 12.15 Uhr empfängt der Reichspräsident in seinem Hause den Reichskanzler und die Reichsminister zur Entgegennahme ihrer Glückwünsche. Im Anschluß daran findet zu Ehren des neuen Reichspräsidenten ein Frühstück statt, zu dem der Stellvertreter des Reichspräsidenten den Reichspräsidenten Hindenburg, den Reichskanzler, die Mitglieder der Reichsregierung, den Präsidenten des Reichstages und die Chefs der Heeres- und Marineleitung, sowie die Staatssekretäre in der Reichskanzlei und im Büro des Reichspräsidenten geladen hat. Am 13. Mai wird der Reichspräsident das Präsidium des Reichstages, die Vertretung des Reichsrates, die Vertretung der preussischen Staatsregierung, die Chefs der Heeres- und Marineleitung, Vertretungen der Hauptverwaltungen, der Reichsbahn und des Reichsbanldirektoriums, den Oberpräsidenten von Brandenburg, den Oberbürgermeister von Berlin, sowie den Polizeipräsidenten und den Kommandanten der Schutzpolizei zur Entgegennahme ihrer Glückwünsche empfangen.

Für den 14. Mai ist ein großer Empfang des diplomatischen Korps vorgesehen. Am Tage der Vereidigung werden die Reichs-, Staats- und Kommunalgebäude der Reichshauptstadt flaggen.

Bevorstehende Amnestie?

Ein rechtsgerichteter Berliner Spätabendblatt wußte am Dienstag von Verhandlungen über eine größere Amnestie am Tage der Eidesleistung des neuen Reichspräsidenten zu berichten. Das „Berl. Tageblatt“ glaubt diese Nachricht insofern bestätigen zu können, als innerhalb des Reichstagsinhalts dieser Bedanke erwähnt worden sei. Zu der von dem Spätabendblatt gemachten Bemerkung, daß die Amnestiefrage zwischen den verschiedenen Fraktionen unverbundenlich besprochen worden sei, erklärt das „Berl. Tageblatt“, daß es sich vorläufig nur um Besprechungen innerhalb des Reichstags zu handeln scheint, da die demokratische Reichstagsfraktion und auch die beiden andern Fraktionen des Volksblocks bisher mit dieser Frage noch nicht befaßt worden seien.

Deutscher Reichstag

BRB, Berlin, 5. Mai.

In der Fortsetzung

der ersten Beratung der Steuerentwürfe

Weist Abg. Dr. Hugo (DBP) auf die große Steigerung des Steuerbedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden gegenüber der Vorkriegszeit hin. Eine Gesamtsteuerbelastung von rund 5 Milliarden im Jahre 1913 steht heute die Summe von rund 12 Milliarden gegenüber, die die neuen Steuern aufbringen sollen. Gegen 10 Prozent in der Vorkriegszeit beanspruchen heute Reich, Länder und Gemeinden 30 bis 40 Proz. des gesamten Volkseinkommens als Steuer für sich. Das ist eine Überpannung der öffentlichen Ansprüche, die für die Wirtschaft verhängnisvoll werden kann. Von den neuen Steuerreformen erwarten wir den Anbruch einer neuen Wirtschaftsepochen. Wir begrüßen es, daß die Einheitlichkeit in der Steuerentlastung aufrecht erhalten worden ist. Wir begrüßen in den neuen Vorlagen auch die Wiederherstellung der Rechtssicherheit des Steuerzahlers. Leider ist man in der Veranlagung zur Einkommensteuer nicht auf 1924 zurückgegangen. Der Vergleich des deutschen Steuerwesens mit dem englischen ist verfehlt, angesichts der in England so anders gearteten wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Besitz wird in Deutschland keineswegs steuerlich geschont. Wir stimmen dem Kinderprivileg zu und sind auch damit einverstanden, daß die Freigrenze beim Lohnabzug erhöht wird. Den Beschlüssen des Reichsrats können wir nicht zustimmen. Hinsichtlich der Bier- und Tabaksteuer müssen wir erst prüfen, ob eine so wesentliche Erhöhung tatsächlich notwendig ist. Es könnte sein Bewenden haben bei den Mehreinnahmen, die der Umsatzsteuer halten wir die Säge für zu hoch und das Steuerwesen für unwirtschaftlich. Den Antrag auf eine bestimmte Ermäßigung der Säge können wir erst zustimmen, wenn wir volle Klarheit über seine Wirkung haben. Wir beantragen Aufhebung der Luxussteuer, weil sie die Erzeugung von Qualitätsarbeit hemmt.

Abg. Höllein (R.): Nachdem im vorigen Jahre der schwarz-weiß-rote und schwarz-rot-goldene Block dem Dawesbillat zugestimmt haben, ist es aus mit der staatlichen Souveränität Deutschlands. Die Steuerwirtschaft der nationalen Regierung ist allein auf die Wünsche der Scherindustrie zugeschnitten. Dem Steuerbetrag der Beschlüssen muß durch Offenlegung der Steuerlisten ein Ende gemacht werden. Die Lohnsteuer muß fallen. Wir sagen diesem ganzen System den schärfsten Kampf an.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) bestreitet die Richtigkeit der Stabsberechnungen, die der Reichsfinanzminister zur Grundlage seiner Steuerentwürfe gemacht hat. Die Einnahmen habe er zu niedrig, die Ausgaben zu hoch eingeschätzt. Das Budgetrecht des Reichstages werde dadurch stark beschränkt. Der Reichstag müsse eine bessere Kontrolle über die Finanzgebarung der Regierung haben, damit er nicht in die Lage kommt, wie bei den Entschädigungen für die Ruhrindustrie nur durch Zufall von so gewaltigen Ausgaben zu erfassen (Sehr gut links). Nicht nur hierbei, sondern auch beim Rückkauf der Goldanleihe und bei vielen anderen Ausgaben, hat die Reichsfinanzverwaltung das Budgetrecht des Reichstages mißachtet (Hört, hört). Während der Minister ein Defizit von 245 Millionen berechnet, kommen wir zu dem Ergebnis, daß für 1925 ein Überschuß von 491 Millionen zur Verfügung stehen wird, zuzüglich des Überschusses und der Steuerüberschüsse von 1924 ergibt sich ein Mehr von 1 130 Millionen (Hört, hört links). Es besteht also kein Grund zur Erhöhung der Verbrauchssteuer, sondern wir fordern im Gegenteil erhebliche Steuerermäßigung. Eine wirkliche Steuerreform muß drei Forderungen erfüllen: Rückkehr zur normalen Steuerwirtschaft und Klärung der steuerlichen Rechtsverhältnisse, Anpassung der Steuerleistungen an die Steuerkraft der Wirtschaft und Sicherung der finanziell-wirtschaftlichen Durchführung der mit dem Dawesgesetz übernommenen Verpflichtungen des Reichsausbaus. Zu den vorliegenden Entwürfen behalten wir uns unsere Stellungnahme durchaus vor. Die Steuerpolitik darf nicht zum Ausbaun an der Wirtschaft werden, denn nur eine gesunde Wirtschaft ermöglicht ein gesundes Staatsleben (Beifall bei den Demokraten).

Abg. Dr. Vornacher (Bayerische Volkspartei). An den Lohnempfängern und an den gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstand ist ein steuerlicher Ausbaubetrieb worden. Die Angaben des Ministers über die finanzielle Lage des Reiches lassen die Klarheit und Übersichtlichkeit vermischen. Die Umsatzsteuer wird fast bei den gesamten landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben zu einer zusätzlichen Besitzsteuer. Unser Antrag der die Finanzhoheit der Länder wieder herzustellen will, ist keineswegs, wie die deutsch-nationalen Redner behaupten, partikularistisch. Wir wollen den Ländern nur die Selbstständigkeit wiedergeben, die ihnen durch den Umsturz genommen wurde. Die Mahnung zur Sparfamkeit sollte nicht an die Länder allein, sondern auch an das Reich gerichtet werden. Der Redner wendet sich dann entschieden gegen die von der Regierung beantragte Erhöhung der Biersteuer. Die finanzielle Notwendigkeit zu dieser neuen schweren Gefährdung des Bran- und Gastwirtschaftsgebietes sei in keiner Weise nachgewiesen. Auf der anderen Seite komme es immer mehr zu Auseinandersetzungen über die Wirksamkeit des Branntweinmonopols. Es scheint da manches faul zu sein. Der Redner fordert schließlich schleunigen Ausbaub der Umsatzsteuer.

Am 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr nachmittags verlag.

Annahme der englischen Goldstandardbill. Das Unterhaus nahm die Goldstandardbill in dritter Lesung ohne namentliche Abstimmung an. Die Bill geht nunmehr an das Oberhaus weiter.

Politische Neuigkeiten

Die Lage in Preußen

Der „Berliner Lokalanzeiger“ weiß über Verhandlungen zu berichten, die in den letzten Tagen zwischen einigen Vertrauensleuten der Parteien des preußischen Landtages über die Frage einer Umbildung des jetzigen Kabinetts in Preußen stattgefunden hätten, insbesondere wären zwischen dem Abg. Hermes (Str.) und von Richter (D. Wp.) vertrauliche Besprechungen erfolgt, wobei der Vertreter der Volkspartei die notwendige Fühlung mit den Deutschnationalen aufrecht erhalten hätte. Das genannte Blatt hält es nicht für unmöglich, daß diese Bestrebungen noch vor Freitag, dem Tage der Abstimmung über das Vertrauen für das Kabinett Braun zu einem Ziele führe, daß eine neue preußische Regierung ohne Severing und ohne den seit längerer Zeit erkrankten Finanzminister Am Sehnhoff mit sich bringen würde.

Die Erhöhung der Personentarife

Die Reichsbahngesellschaft nimmt jetzt Stellung zu den zahlreichen Angriffen, die gegen sie selbst und gegen Generaldirektor Deser anlässlich der Erhöhung der Personentarife gerichtet worden sind.

Bei der letzten angeordneten Erhöhung habe es sich nicht darum gehandelt, ein Defizit zu decken; der Voranschlag für das Geschäftsjahr 1925 sei durchaus gesund. Es sei jedoch durch die Erhöhung der Arbeitslöhne und durch die Steigerung weiterer persönlicher Ausgaben eine wesentliche Erhöhung der Ausgabe Seite eingetreten, die der Deckung bedürfe. Die Tarifserhöhung sei hauptsächlich auf Anregung der deutschen Verwaltungsmittelglieder erfolgt, so daß die wiederholt erhobenen Vorwürfe, die Reichsbahn gelange immer mehr unter ausländische Aufsicht, als unbegründet zurückgewiesen werden müsse. Die Finanzlage der Eisenbahngesellschaft könne nach der Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben als nicht ungünstig bezeichnet werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen im Laufe dieses Jahres ein Ausgleichsfonds von 110 Millionen aufgebracht werden muß. Außerdem sind bereits 200 Millionen von dem am 1. März 1926 fälligen 300 Millionen Reichsmark für Reparationszahlungen auf der Ausgabe Seite aufgeführt. Da am 1. März bereits 100 Millionen bezahlt worden sind, und die Septemberzahlung mit ebenfalls 100 Millionen sicher gestellt ist, ergibt sich für das laufende Jahr eine Gesamtbelastung für Reparationszwecke in Höhe von 400 Millionen Mark. Der in Amerika ausgenommene kurzfristige Vereinskredit von 15 Millionen Dollar braucht bisher noch nicht in Anspruch genommen zu werden.

Regierungskrise in Österreich?

Die seit längerer Zeit bestehenden Schwierigkeiten bei der Neuordnung des Verhältnisses zwischen dem Bund und den österreichischen Ländern haben sich der „Neuen Freien Presse“ zufolge derart verschärft, daß Gerüchte von einer Regierungskrise aufgetaucht sind, die aber zum mindesten verfrüht sein dürften. Bereits zu einem früheren Zeitpunkt hatte die Christlich-sozialistische Partei verlangt, daß zur Beseitigung der bestehenden Doppelverwaltung die staatlichen Amtsgeschäfte von Landesbeamten übernommen werden, was eine Politisierung der Landesverwaltung nach sich ziehen würde. Bei der Bildung der gegenwärtigen Regierungskoalition wurde jedoch zwischen den Regierungspartnern vereinbart, diese Frage ruhen zu lassen. Die Christlich-sozialistischen Landesvertreter haben nun in ihrer letzten Beratung beschlossen, eine Änderung der Verwaltung in dem angeführten Sinne zu verlangen. Als Bundeskanzler Kamef hier von den Großdeutschen Mitteilung machte, ließen sie ihm in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise erklären, daß sie dies als Bruch des Abkommens betrachten und gegebenenfalls ihre Folgerungen daraus ziehen würden.

Die Londoner Erklärungen Houghtons

W.A. London, 6. Mai. „Morning Post“ berichtet aus Washington, die Tatsache, daß die Rede des neuen amerikanischen Botschafters Houghton auf dem Essen der Pilgrims-Gesellschaft in London von der amerikanischen Presse an hervorragender Stelle gebracht wurde, zeige die ihr zugeschriebene Bedeutung. Es bestehe guter Grund zu der Annahme, daß die Rede entworfen wurde, bevor Houghton aus Washington abreiste, und daß sie genau die Ansichten Coolidges und Kelloggs zum Ausdruck bringe. Der Berichterstatter des Blattes bemerkt, in gewissen amerikanischen Kreisen wache die Ansicht, daß Europa zu viel Geld geliehen worden sei und daß das Geld, anstatt zum Wiederaufbau verwendet zu werden, von einigen Regierungen für die Erhaltung ihres Revers ausgegeben worden sei. Die amerikanische Haltung sei kurz gesagt: „Weshalb kann Europa nicht den Krieg verbergen?“

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in London sei man der Ansicht, die Erklärungen Houghtons seien sehr zeitgemäß gewesen, weil sie das unverständliche und ständig wachsende Interesse Amerikas an dem weiteren glatten Verlaufe des Dawesplanes enthüllten. Dieser hängt selbst wieder von einer baldigen Erzielung einer Sicherheitsregelung, die in dem Gedanken eines gegenseitigen Paktes zwischen den Westmächten verortet sei, ab. Bezüglich aller dieser Pläne habe in letzter Zeit wieder Beforgnis in britischen Kreisen geherrscht. Vielleicht könnten Houghtons Erklärungen einen neuen und willkommenen Antrieb für die Sicherheitsverhandlungen bilden. Die letzten Besuche des französischen und des deutschen Botschafters im Foreign Office schienen darauf hinzuweisen, daß die Besprechungen wieder aufgenommen worden seien. Eine gesunde Entwicklung liege darin, daß — wie verlautete — die Alliierten jetzt vor einem Abereinverständnis über den Wortlaut der Note ständen, die an Deutschland in der Abrüstungs- und Kölner Fragen erteilt werden sollte. Ursprünglich sei man der Ansicht gewesen, man sollte die einzelnen Verstöße gegen die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages Deutschland mitteilen und seine Entgegnung abwarten. Nach britischer Ansicht würde dies aber zu endlosen Kontroversen führen. Es sei daher besser, der deutschen Regierung die Verträge mitzuteilen und zu erklären, die Kölner Zone werde geräumt werden, wenn sie zugestimmt sei, und die alliierte Kontrollkommission würde ihre Befugnisse an die Rüstungsinspektion übertragen. Es könne sein, daß keine Zeitgrenze erwähnt werde, daß aber Deutschland durch die Zulage ermutigt werden solle, daß die Angelegenheit in kürzester Zeit in Ordnung gebracht werden würde. Auf diese Weise würden alle Erörterungen über die Zeitgrenze vermieden werden. Die Botschafterkonferenz werde vielleicht in einer Woche zusammenzutreten, um die Angelegenheit in informeller Weise zu erörtern.

Loucheur über die Sicherheitsfrage

W.A. Paris, 6. Mai. Der ehemalige französische Minister Loucheur sprach sich gestern in einer Rede in Brüssel für weitestgehende Handelsabkommen zwischen den verschiedenen produzierenden Ländern aus, so beispielsweise in der Schwerindustrie zwischen Frankreich, Deutschland, England, Belgien und Luxemburg. Loucheur ging dann zur Sicherheitsfrage

über und erklärte, welches auch immer die Befürchtungen seien die gewisse Ereignisse in Deutschland hätten aufkommen lassen, so dürfe man sich doch nicht weigern, guten Willens das Sicherheitsangebot Deutschlands zu prüfen. Jeder Sicherheitspakt müsse obligatorisch auf dem Grundsatze des Protokolls von Genf beruhen und werde als erste Bedingung den bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund enthalten. Frankreich sei entschlossen, alles zu tun, was an ihm liege, um ernstlich zum Frieden zu gelangen. Es wolle keine andere Nation beherrschen. Frankreich und Belgien wollten ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit verpacken und eine Garantie für ihre Sicherheit erlangen. Wenn sie einig seien, dürften sie über alle Schwierigkeiten, die noch den Weg des Friedens versperrten, siegen.

W.A. Paris, 6. Mai. Der „Matin“ glaubt berichten zu können, daß Außenminister Briand noch im Laufe dieser Woche die Antwort auf die deutschen Vorschläge betr. den Abschluß eines Sicherheitspaktes fertigstellen werde. Briand beschäftigt sich — dem Blatt zufolge — mit dem Entwurf dieser Note und wird natürlich den alliierten Regierungen Kenntnis von ihrem Inhalt geben.

Münchener Festtage

Das Eintreffen der Ehrengäste

Zu den Münchener Festlichkeiten sind fast sämtliche Mitglieder der Reichsregierung anwesend, ferner Mitglieder sämtlicher Länderregierungen, u. a. der badische Staatspräsident Prof. Dr. Hellbach, der württembergische Staatspräsident Bagille. Am Dienstag, um 2 1/2 Uhr mittags, trafen die beiden Junkerhochzeitzeuge mit den Herren der Regierung und der Presse aus Berlin in München ein, und zwar Reichsminister Dr. Luther, Reichsverkehrsminister Kroschke, Reichstagspräsident Lohse, der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Schulz, Staatssekretär a. D. Wallraf vom Finanzministerium die Reg.-Räte Letholz u. v. Mantuffel, der Senator von Bremen Reckhoff, der holl. Gesandte v. Freger, Ministerpräsident a. D. Graf Verdenfels, der Regierungsrat der Reichsfinanzverwaltung, sowie die Herren Direktoren Dr. Dieck und Gsell und vier weitere Pressevertreter. Die Herren von der Reichsregierung wurden auf Oberwiesenfeld in einem Zelt in den bayerischen Farben, u. a. von den beiden Bürgermeistern der Stadt, dem Polizeipräsidenten und dem Ministerialdirektor Dr. Piep empfangen. — Die Kapelle der Landespolizei spielte bei der Landung des bayerischen Präsentiermarsch und „Deutschland, Deutschland über alles“.

Ehrung des Schöpfers des Deutschen Museums

Die Bevölkerung Münchens in allen ihren Schichten feierte am Dienstag den genialen Schöpfer des Deutschen Museums, Dr. Oskar von Miller, anlässlich seines 70. Geburtstages und der Vollendung seines gigantischen Werkes, zu dem am 8. November 1906 der damalige Kaiser Wilhelm den Grundstein gelegt hatte. Die Feier vollzog sich in der vorläufigen Art, wie sie die bayerische Landeshauptstadt seit der Centenarfeier wohl kaum mehr gesehen hat. In den reich mit Flaggen geschmückten Straßen bewegte sich die froh gestimmte Menge und von den Mittagstunden ab ruhte in allen Geschäften, vom kleinen Handwerksmeister bis zum Großbetrieb die Arbeit. Zu Tausenden und Abertausenden strömten die Menschen in den Straßen und auf den Plätzen, wo sich der von Münchener Künstlern großzügig angeordnete Festzug bewegte. Nach einer langen, kalten Regenperiode lag zum ersten Male goldener Sonnenschein über der Stadt. Der Festzug, der überall mit Jubel und Begeisterung empfangen wurde, und dessen Teilnehmer von der Münchener Schuljugend durch Zumerren von Blumen und Kränzen freudig begrüßt wurden, eröffneten Fansarenbänder zu Pferde. In allegorischen Darstellungen folgten in künstlerischer Ausstattung Festwagen mit Darstellungen des Fortschritts, der Farbendruck, der Elektrizität und der hier Elemente, denen sich das Münchener Gewerbe in historischer Aufmachung anschloß. Der Abschluß des Festzuges bildeten die buntbewegten Fahnentrupps der Münchener Vereine. In den Lüften kreuzten die modernen Jundersflugzeuge. Der Verlauf des ganzen Tages war in jeder Hinsicht dazu angelegt, der Eröffnungsfeier einen würdevollen Auftakt zu geben.

Gründungsakt der Deutschen Akademie

Im Rahmen der Festlichkeiten zur Eröffnung des Deutschen Museums vollzog sich Dienstag mittag in der großen Aula der Universität München der Gründungsakt der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums in Anwesenheit eines großen Kreises hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Als Ehrengäste nahmen an der Feier teil die Mitglieder der bayerischen Staatsregierung, an ihrer Spitze Ministerpräsident Hölz, ferner Vertreter der Reichsregierung und der deutschen Länder, sowie der österreichischen Bundesregierung, außerdem der frühere Kronprinz Rupprecht. Zum Präsidenten der Akademie wurde der Münchener Universitätsprofessor Wellischner gewählt, zum Vizepräsidenten der wissenschaftlichen Abteilung Universitätsprofessor Duden-München und zum Präsidenten der praktischen Abteilung Universitätsprofessor Kaulhofer-München. Namens des am Ergehen verbindeuten Reichsministers des Innern überbrachte Staatssekretär Zweigert die Wünsche und Grüße des Reichsministers und der Reichsregierung zum Gründungsakte. Er wies in seiner Rede auf die Bestrebungen von Ranke, Grimm, Gutschalk, Freytag und Paul Hense hin, die sich schon in einer Zeit, als die politische und wirtschaftliche Einheit in Deutschland noch fehlte, schon mit dem Plan der Gründung einer Deutschen Akademie getragen hätten. Die Reichsregierung begrüße es, daß dieser Gedanke nunmehr aufgenommen worden sei. Der Redner gab zum Schluß dem Wunsch Ausdruck, daß die Deutsche Akademie mit den bestehenden Arbeitsstätten zur Erforschung und Pflege des Deutschtums erfolgreich und fruchtbar zusammenarbeiten möge.

Festabend der Münchener Künstler

Gleichsam als Zwischenakt der Veranstaltungen anlässlich der Feierlichkeiten zur Eröffnung des Deutschen Museums war der Festabend gedacht, den die Münchener Künstlergenossenschaft nachts im reichgeschmückten Löwenbräuteller am Dienstagabend den in München weilenden Ehrengästen gab unter denen man die Vertreter der Reichsregierung und der auswärtigen Presse, Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und eine große Anzahl prominenter und dem Deutschen Museum nahestehender Persönlichkeiten, wie auch die Teilnehmer des Museumsfestzuges erblickte. Der äußerst humorvoll verlaufene Abend erreichte in begeisterter Stimmung seinen Höhepunkt, als Reichsminister Dr. Luther gegen 11 Uhr von der Menge mit tausenden Hochrufen empfangen und von Oberbürgermeister Schaanaal mit einer Ansprache begrüßt, erschien. Oberbürgermeister Schaanaal gedachte in seiner Rede auch des gleichfalls erschienenen Führers des F. A. M., Dr. Gdener, und des aus Schweden herbeigekommenen Sven Odin. Mit dem Klang des Deutschlandliedes fand der Abend sein Ende.

Kurze Nachrichten

Die Umbildung der Rentenbank. Dem Reichstag ist der Gesetzentwurf über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt und das in dem Dawesplan vorgesehene zentralbankwirtschaftliche Kreditinstitut zugegangen. Durch die Errichtung des Instituts soll die Lage der Landwirtschaft, die mit einer sehr erheblichen Schwere den Schuld belastet ist, durch Zurverfügungstellung langfristiger Kreditschritte erleichtert werden.

Betriebsräte wählen bei der Reichsbahngesellschaft. Am 7. und 8. Mai werden im ganzen Reiche Betriebsräte gewählt bei der Reichsbahngesellschaft. Im ganzen werden 350 000 Arbeiter daran teilnehmen. Dieser Wahl kommt erhöhte Bedeutung deshalb zu, weil es die erste allgemeine Neuwahl der Betriebsräte nach der Umwandlung der Reichsbahn in ein Gesellschaftsunternehmen ist.

Der Gesundheitszustand Kautskers, der wie gemeldet, einen Schlaganfall erlitten hatte, ist — den Mäntern zufolge — nach wie vor ernst. Bei der Staatsanwaltschaft ist erneut ein Haftentlassungsantrag eingereicht worden. Auf Grund dieses Antrags hat der Untersuchungsrichter nochmals ein detailliertes ärztliches Gutachten über den Gesundheitszustand Kautskers angefordert und insbesondere um die Beantwortung der Frage ersucht, ob bei seinem Untersuchungsgegenstand dringende Lebensgefahr bestehe. Das Gutachten wird morgen erstattet werden.

Amerika gegen die Verwendung von Giftgasen. In der allgemeinen Aussprache auf der internationalen Konferenz für die Kontrolle des Waffenhandels zu Genf erklärte der Vertreter der Vereinigten Staaten, Burton, daß die amerikanische Delegation zahlreiche Zusatzanträge einbringen werde, von denen sich die wichtigsten auf die Kontrolle des Handels mit Giftgasen beziehen werden, deren Verwendung den modernen Krieg immer barbarischer gestalten würde.

Die Stichwahlen zu den französischen Kommunalwahlen. Das Zentralkomitee der Sozialistischen Partei hat, wie aus Paris gemeldet wird, beschlossen, bei den am kommenden Sonntag stattfindenden Stichwahlen für die Kommunalwahlen überall da, wo dies notwendig ist, ihre Kandidaten zurückzuziehen, um den Sieg der Kandidaten der Linken zu sichern.

Kein Verkehrsstreik in Paris. Der Verkehrsstreik, der am Dienstag in Paris aus Anlaß der geplanten vorübergehenden Aussperrung der Arbeiter und Angestellten der Omnibusgesellschaft, die am 1. Mai gefeiert hatten, auszubrechen drohte, ist vermieden worden. Die Forderungen der Angestellten sind im wesentlichen erfüllt worden. Der Dienst wurde am heutigen Mittwoch in vollem Umfang aufgenommen.

In Französisch-Marokko haben blutige Kämpfe mit Kiffshöhlen stattgefunden. Wie eine durch Flugzeug überbrachte Meldung aus Fez, die das „Pariser Journal“ veröffentlicht, betragen die französischen Verluste an Toten vier Offiziere und 40 Mann, an Verwundeten 150 Mann. Die Kiffshöhlen hatten zehnfach größere Verluste erlitten.

Badischer Teil

Badischer Landtag

DJ. Karlsruhe, den 6. Mai 1925.

Saals und Tribünen sind gut besetzt. Präsident Dr. Baumgartner eröffnet um 10.45 die Verhandlung mit der Bekanntgabe zahlreicher Eingänge. U. a. liegt eine kurze Anfrage der Deutschnationalen wegen der Zusammenkunft am Wahlsonntag vor. Nach Erledigung kurzer Anfragen gibt Abg. Schmidt-Breiten (D. Natl.) mit Bezug auf seine Rede vom 18. Februar die Erklärung ab, daß es ihm ferngelegen habe, irgend einen Beamten in seiner Ehre und Stellung herabzuwürdigen. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet der Bericht des Abg. Wittmann (Zentr.) über die Stellungnahme des Geschäftsbereichsausschusses zu den

Anträgen der Justizbehörde auf Aufhebung der Immunität der Abg. Wager (D. Natl.) und Ritter (Komm.).

Ersterer hatte im Zusammenhang mit dem Sagenstichprojekt in einem von der „Badischen Zeitung“ veröffentlichten Artikel durchdringen lassen, daß Staatsanwalt Dr. Geißler die Anklage aus unschuldigen parteipolitischen Gründen erhoben habe. Darin liegt der schwere Vorwurf der Rechtsbeugung. Der Ausschuss hat mit 10 gegen 1 Stimme beschlossen, daß die Genehmigung der Strafverfolgung wegen Verleumdung zu erteilen sei. Er geht von dem Standpunkt aus, daß der Landtag darüber wachen muß, daß die Organe der Rechtspflege intakt sind und objektiv vorgehen.

Die Feststellung etwaiger Mängel lasse sich aber nur im Wege der gerichtlichen Untersuchung ermöglichen. Die gleiche Haltung nimmt der Ausschuss, zum Falle Ritter ein. Im Dezember v. J. hatten sich Ritter, der kommunistische Reichstagsabgeordnete Kuster und ein Lehrer Bundschuh zu vorgezogener Stunde in einer Wirtschaft so aufgeführt, daß Strafverfolgung wegen Verleumdung u. d. Folge waren. In Nr. 60 der „Mannheimer Arbeiterzeitung“ erhoben Ritter und Kuster gegen den Staatsanwalt den schweren Vorwurf, als ob zwischen ihm und der sozialdemokratischen Partei ein intimes Verhältnis bestünde mit der Tendenz, den Kommunisten eines auszuweichen. Auch hierin wird der Vorwurf der Rechtsbeugung erblickt, die im Strafgesetzbuch mit Zuchthaus bedroht ist. In der Aussprache erklärt Abg. Schmidt-Breiten (D. Natl.), daß trotz aller grundsätzlichen Bedenken gegen die Aufhebung der Immunität keine Fraktion sich der Abstimmung enthalte, um den Schein zu vermeiden, als ob sie der Rechtspflege in den Rücken fallen würde.

Abg. Dr. Gdener (Dem.) ist grundsätzlich dagegen, daß die Immunität eines Abgeordneten zwecks Strafverfolgung wegen Verleumdung aufgehoben wird.

Abg. Marum (Soz.) hält die vom Vorredner angezogene Praxis des Reichstages nicht für richtig. Dem Abg. Wager müsse Gelegenheit gegeben werden, seine Vorwürfe zu beweisen. Das werde ihm freilich nicht gelingen. Das gleiche gilt für den Abg. Ritter. Daß die Aufhebung der Immunität in diesen beiden Fällen dem Einn und Zweck des Parlamentschutzes zuwiderlaufe, müsse er, der Redner, entschieden bestreiten.

Abg. Bök (Komm.) ist darüber ericaunt, daß auf einmal bei Verleumdungssagen die Immunität aufgehoben werden soll. Er sei dafür nur zu haben, sofern ehrenrührige Beschuldigungen gegen einen Abgeordneten vorliegen.

Abg. Dr. Höhr (Zentr.) erklärt, die Immunität dürfe nicht soweit gehen, daß der Abgeordnete einen Freibrif zur Beschimpfung staatlicher Organe erhält. An der zeitlosen Aufklärung der Sagenstichaffäre habe das badische Volk das größte Interesse. Diesem Ziel diene ein vom Zentrum gestellter Antrag betr. den Stand der Sache. Um übrigen müsse es an der Einberufung des öffentlichen Lebens überhaupt gelegen sein. Einer Aufhebung der Immunität, um gewisse politische Ziele

zu fördern, würden wir allerdings aufs Schärfste wider-

Die Abg. Mager und Ritter würden durch die Annahme des

Abg. D. Mager-Karlsruhe (D.Nal.) schließt sich der grunds-

Abg. Kläiber (Landbund) teilt diese Auffassung.

Abg. Wittenmann (Zentr.) hebt nochmals das öffentliche In-

Justizminister Trunk

wendet sich gegen die Meinung des Abg. Kläiber, als ob die

Es folgt eine Auseinandersetzung über die Frage, ob eund

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Kull-

Am halb 2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Nächste

Internationale polizeitechnische Ausstellung

Zur Vorbereitung der Sechsten Sonderausstellung auf

Landwirtschaftliche Genossenschaftstagen

Die Tagungen der großen Landw. Verbände, Verband Bad-

Landestagung badischer Dentisten

Der vor 40 Jahren gegründete Landesverband badischer

Badischer Landbund

Der Badische Landbund hielt am Sonntag in Karlsruhe

Über die Tätigkeit der Landtagsfraktion berichtete der Abg.

Die Tagungen der großen Landw. Verbände, Verband Bad-

Landestagung badischer Dentisten

Der vor 40 Jahren gegründete Landesverband badischer

Badischer Landbund

Der Badische Landbund hielt am Sonntag in Karlsruhe

Über die Tätigkeit der Landtagsfraktion berichtete der Abg.

Die Tagungen der großen Landw. Verbände, Verband Bad-

Landestagung badischer Dentisten

Der vor 40 Jahren gegründete Landesverband badischer

Badischer Landbund

Der Badische Landbund hielt am Sonntag in Karlsruhe

Über die Tätigkeit der Landtagsfraktion berichtete der Abg.

Die Tagungen der großen Landw. Verbände, Verband Bad-

Landestagung badischer Dentisten

Der vor 40 Jahren gegründete Landesverband badischer

Badischer Landbund

schaft. In dieser Richtung gingen die Wahlen zur Land-

Aus der Landeshauptstadt

Die Fremdsprachklassen in den Karlsruher Volksschulen.

Badisches Landestheater. Am Donnerstag, den 7. Mai er-

Voranschläge Bitterung für 7. Mai: Nach vorübergehen-

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heidelberg, 4. Mai. Zur Feier des Stiftungstages

Dr. Heidelberg, 4. Mai. Wegen eines schweren Ver-

Dr. Gersheim, 17. Mai. Wollen die

W. Baden-Baden, 1. Mai. Heute wurde mit der Wieder-

Dr. Niesel, 4. Mai. Auf einer Rundfahrt in den Kaiser-

Dr. Schöna i. B., 2. Mai. Im Gelände von Wegbau-

Dr. Stuttgart, 6. Mai. Zur Verbesserung des Rundfunk-

Verschiedenes

Die Jahresfeier der Rheinländer

Die Karlsruher Festlichkeiten zur Jahresfeier des Rhein-

forscher auf dem Gebiete des Ordnungsrechts für Kaiser und

Eine englische Stimme zum Eisenbahnunfall im Korridor

Handel und Wirtschaft

Table with 4 columns: City, 6. Mai, 7. Mai, 8. Mai. Lists prices for Amsterdam, Copenhagen, etc.

Rheinische Treuhandgesellschaft A.-G. Mannheim. In der

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen. In der

Naturweinversteigerung in Offenburg. Zur Naturweinver-

Staatsanzeiger

Radiumvorräte in Deutschland. In die Herren Landeskommissäre und die

Es wird daher den Krankenhäusern, welche Gemeinden,

Karlsruhe, den 4. Mai 1925.

Der Minister des Innern

Warum?

weil die **DBG** das leistungsfähigste Bekleidungs-
haus mit modernem Teilzahlungs-Verkaufs-Prinzip ist.



Kaufe gleich
zahle später. Jeder Verkauf ist streng diskret.

Weil die **DBG** das Neueste für das
Frühjahr bringt und Sie alles finden, was Sie an
Herren-Moden
Damen-Moden
Kinder-Moden

suchen.
Weil die **DBG** den Beamten weit-
gehendste Zahlungserleichterungen gewährt.

Deutsche Bekleidungs-gesellschaft.

Kronenstr. 40
Ecke Markgrafenstr.



**Badisches
Landestheater**

Donnerstag, den 7. Mai 1925
E. 23. Tel.-Gem. 3101-3300
3701-4000

Die heilige Johanna
Dramatische Chronik in sechs
Szenen und einem Epilog von
Bernard Shaw

In Szene gef. v. F. Baumbach

Personen:
Johanna Schenckling
Der Dauphin Müller
Dunois Nürnberg
Richard v. Beauchamp Bäcker
La Trémouille Hof
Hauptmann La Hire Brand
A. v. Baudricourt Klobbe
A. v. Rouleux Groß
Gilles de Rais Kreuziger
Herzogin v. Trémouille Genet
Erzbischof v. Reims Baumbach
Peter Cauchon Trend
Der Inquisitor Prüter
Bruder Martin Laboune Hubner
D'Loet Beet
Courcelles Beug
Schloßverwalter Gemme
Scharfrichter Lang
Ein engl. Soldat Brand
Ein Herr aus dem Jahre
1920 Gemme
Anfang 7 Ende 10
Sperre I 4.80

Am 15. und 16. Mai 1925

Ziehung der 2. Klasse
Preussisch-Südd. Klassen-Lotterie

195 000 Gewinne mit über Mark

38 000 000

Höchst-
gewinne
2 000 000
1 000 000

Prämie **500 000**
1 Haupt-
gewinn **500 000**
1 Haupt-
gewinn **300 000**

Lospreis $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{8}$ 1 Doppel-Los
6.- 12.- 24.- 48.- 96.- für 2. Klasse
15.- 30.- 60.- 120.- 240.- für alle Klassen

ZWERG vormals
Gütz
Bad. Lotterie-Einnehmer Karlsruhe
Hebelstraße 11 und Waldstraße 33
Telephon 4828. Postscheckkonto 17808

Badische Lichtspiele — Konzerthaus

**Zum
Gipfel
der Welt**

Verlängert bis Freitag, den 8. Mai, jeweils abds. 8 Uhr

Siehe Anschlagssäule

Modewerkstätte Ita Braun

Hüte vom einfachsten bis elegantesten Genre
Bedienung nach persönlicher Note
Neuanfertigung Hirschstr. 36 Umarbeitung

Damen-Fahrrad, gut erhalten 75 Mk.
Damen-Fahrrad, wie neu 95 "
Herren-Fahrrad, gut erhalten 55 "
Herren-Fahrrad, wie neu 85 "
Schreibmaschine, gut erhalten 120 "
Email-Ofen, wie neu 75 "
zu verkaufen. Sunnmann, Zähringerstr. 46.

Möbel

Kaufen Sie in bester Qualität zu billigen Preisen im
Möbelhaus Ernst Goss
Kreuzstr. 26. Lagerbefähigung ohne Kaufzwang. ☎ 99

Ohne jede Wartezeit unbedingten Rechtsanspruch auf
kostenfreie
Feuerbestattung
gegen geringe Monatsbeiträge vermittelt
Deutsche Feuerbestattungskasse „FLAMME“
Politisch u. religiös neutral
daher kein Kirchenaustritt
Geschäftsstelle Karlsruhe, Zirkel 16 II
OTTO SCHWEINSHAUT
10-2 Uhr und 6-8 Uhr, Samstags 10-2 Uhr

BAUBUND-MÖBEL
HERVORRAGEND
IN FORM & GÜTE
kaufen Sie am besten beim
BAD. BAUBUND
G.M.B.H.
KARLSRUHE
Karl-Friedrich-Strasse 22
am Rondellplatz
TAGL. GEÖFFNET
VON 8½-12½ UND 2-6½ UHR.

Carl August Nietem & Co.

liefern alle Sorten
Ruhrkohlen, Nuß- und Anthracitkohlen
Koks für Zentralheizungen u. Hausbrand
Grudekoks
Steinkohlen- und Braunkohlenbriketts
Brennholz

Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstr. 6
Fernsprecher 982 und 5165
Stadtbüro: Kaiserstraße 118,
Fernsprecher 5506 ☎ 790

**Detektiv-Institut
u. Privat-
Krankentel.**

Argus "Mannheim"
O. 6. 6.
Planken 8. 47
Fernspr. 3305
R. Maler & Co., G. m. b. H.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
A. 617. Bruchsal. Im
Konkursverfahren über das
Vermögen des Tabakfabri-
kanten Peter Friedrich in
Bruchsal wurde Termin
zur Prüfung der nachträg-
lich angemeldeten Forder-
ungen bestimmt auf:
Freitag, den 15. Mai 1925
vormittags 9 Uhr,
im Amtsgerichtsgebäude zu
Bruchsal, II. Stad., Zim-
mer 16.
Bruchsal, den 20. April 1925
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

Im Neuanfertigen und Um-
arbeiten von ☎ 174
**Steppdecken u.
Daunendecken**
empfiehlt
Paula Schneider
Adlerstr. 5 Karlsruhe

Städtische Ausstellungshalle Karlsruhe

Ausstellung „Handwerk und Industrie“
DER WIRTSCHAFTLICHE HANDWERKS BETRIEB

Musterwerkstätten **Neuzeitliche Maschinen und Werkzeuge**
Bäckerei mit elektrischem Backofen in Verbindung mit
Konditorei und Café, Würstlerei, Schreinerei, Schloss-
serei und Werkstätten für Friseure und Buchbinder
Erzeugnisse des Handwerks
Sonderausstellung: Gut und schlecht
Erfrischungsraum

Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends, ab 5 Uhr nachm. Konzert. Eintrittspreis: Erwachsene Mark 1.—, Kinder und Schüler Mark —.50.